

Fachtagung „Lokale Strategie Übergang Schule-Beruf 2020“ des  
Regionalen Übergangsmagements des Landkreises Vorpommern-Rügen  
am 8. Mai 2012 in Stralsund

**Matthias Müller**

# Übergang Schule-Beruf 2020

**Erfahrungen und Konzepte zur Gestaltung  
Regionalen Übergangsmagements**

Matthias Müller

Deutsches Jugendinstitut e.V., Außenstelle Halle

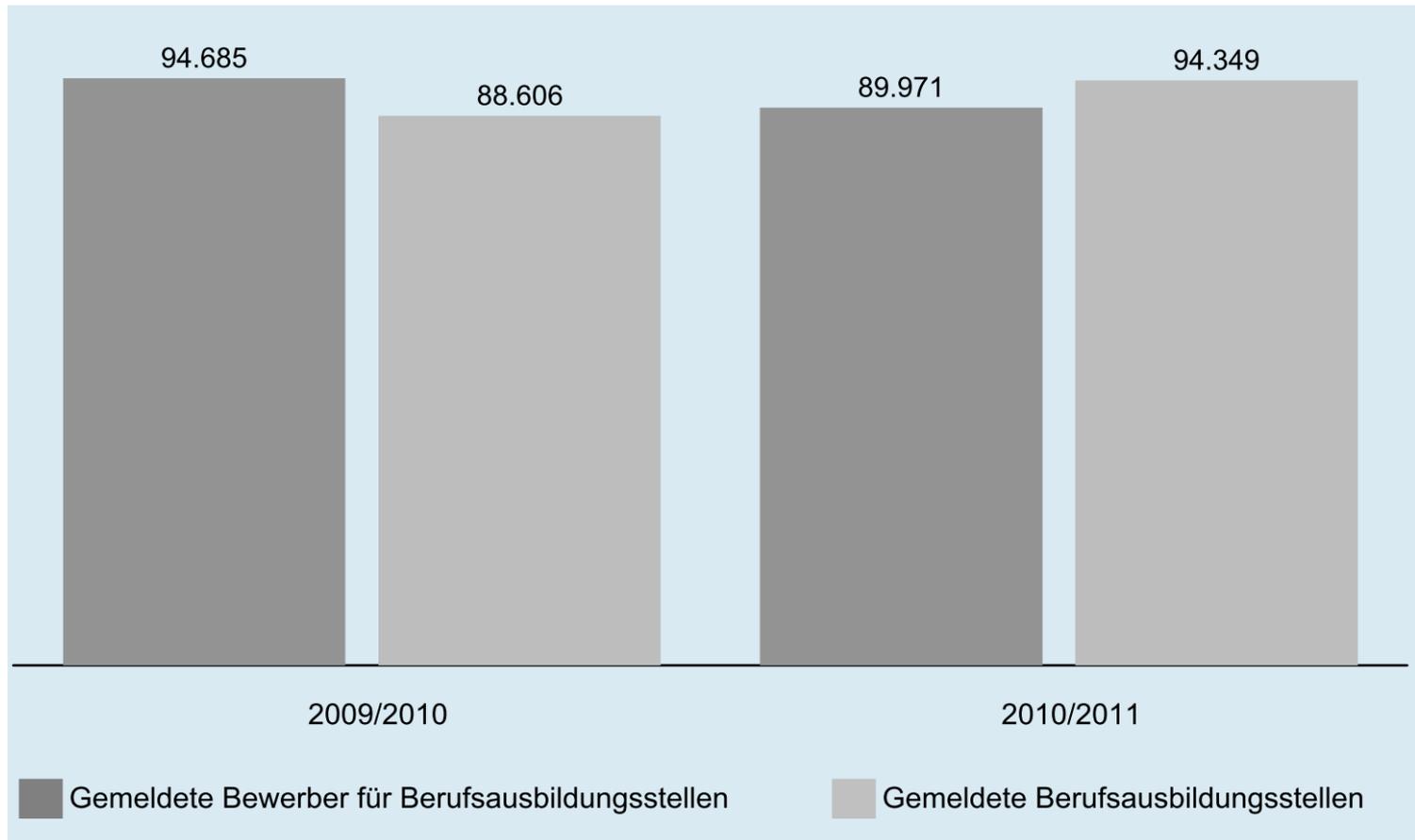
Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“

## Inhalt

- ❖ **I Vorbemerkungen**
  - ❖ Die Bedeutung und Auswirkungen des demographischen Wandels
  - ❖ Verbesserungs- und Handlungsbedarf auf regionaler Ebene
- ❖ **II Strukturen und Rahmenbedingungen der Vorhaben**
  - ❖ Ausgangspunkt und Probleme Regionalen Übergangsmanagements
  - ❖ Die Bedeutung der Kommune für gelingende Übergänge
  - ❖ Räumlicher Zuschnitt der Standorte der Förderinitiative 1
- ❖ **III Umsetzung Regionalen Übergangsmanagements**
  - ❖ Aufbau von Arbeitsstrukturen und -verfahren
  - ❖ Herstellung von Transparenz (Datengewinnung und -nutzung)
  - ❖ Interventionen zur Verbesserung der Angebotsstruktur

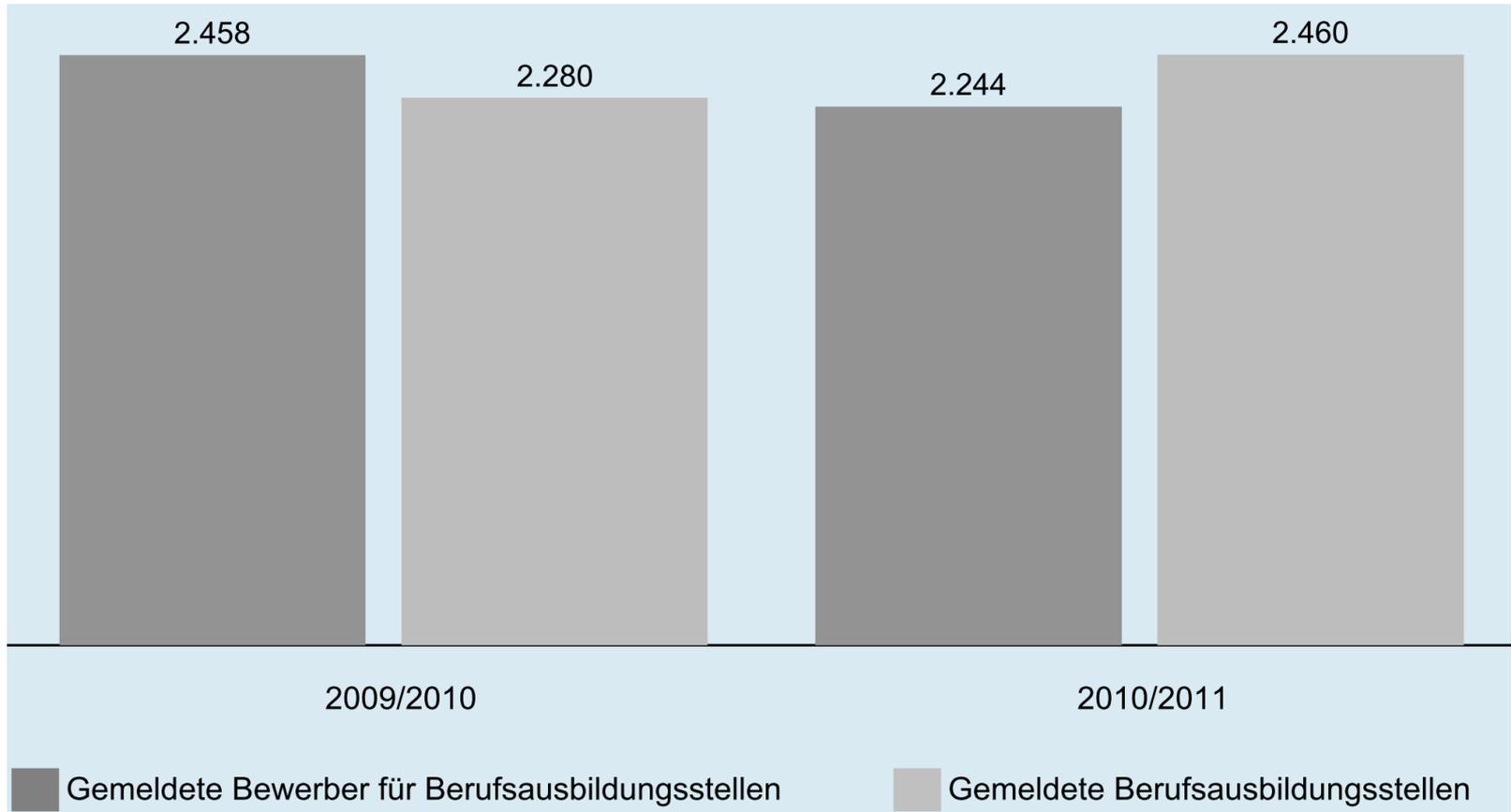
## ➤ Ab dem Jahr 2010 wird ein demographisch bedingter Fachkräftemangel prognostiziert...

Seit Beginn des Berichtsjahres gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen und gemeldete Berufsausbildungsstellen – Ostdeutschland



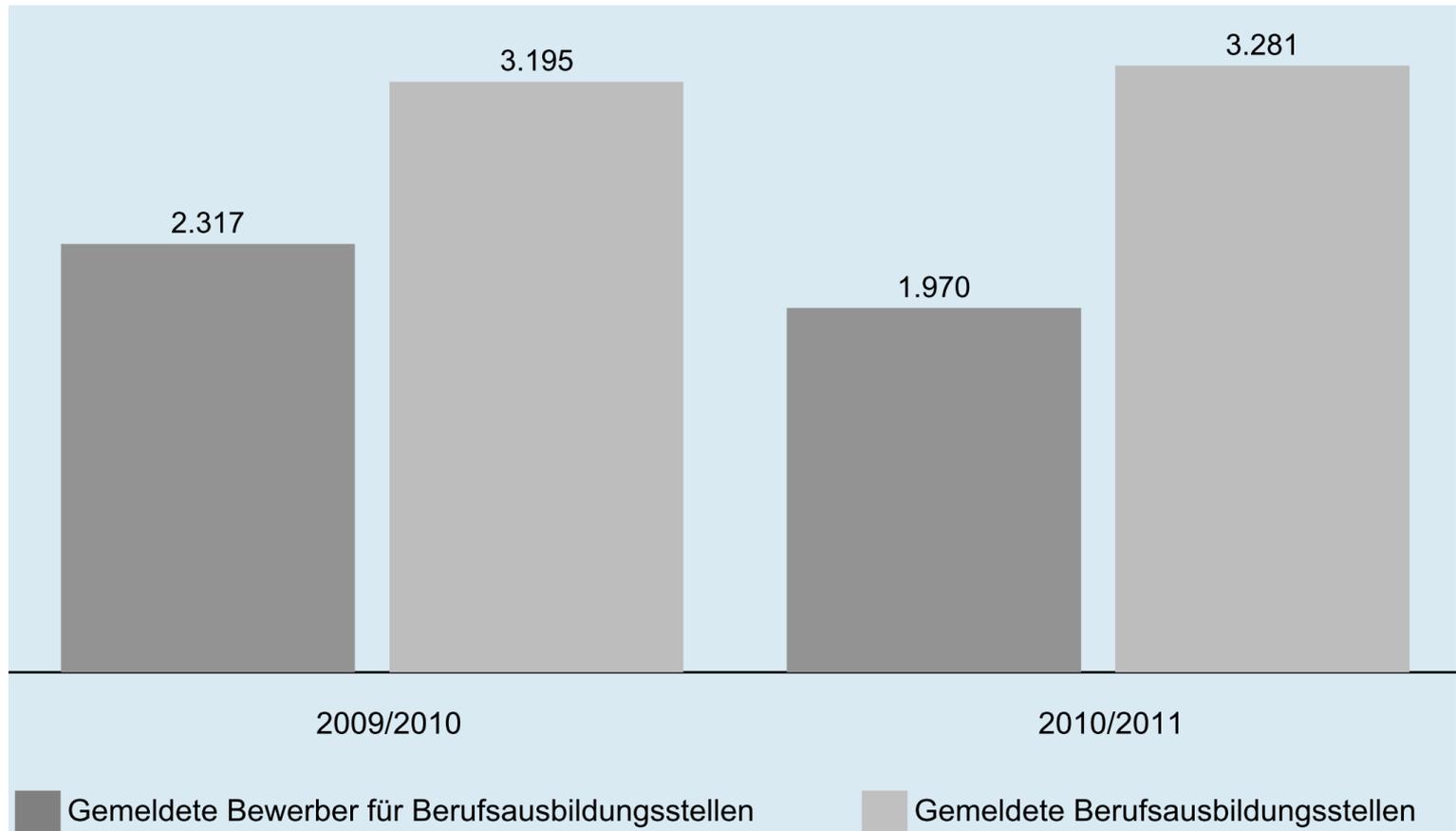
## ➤ **der jedoch regional unterschiedlich ausfällt...**

Seit Beginn des Berichtsjahres gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen und gemeldete Berufsausbildungsstellen – **Agenturbezirk Neubrandenburg**



## ➤ **der jedoch regional unterschiedlich ausfällt...**

Seit Beginn des Berichtsjahres gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen und gemeldete Berufsausbildungsstellen – **Agenturbezirk Stralsund**



## Die verbesserte Angebots-Nachfrage-Relation

- führt nicht automatisch zu einer höheren direkten Übergangsquote für die Jugendlichen, da
  - **Angebots-Nachfragerelationen ungeachtet der vorhandenen Branchen keine Berufswahlfreiheit garantieren**
  - **und veränderte Anforderungsniveaus dualer Ausbildungsberufe für viele Jugendliche den möglichen Ausbildungsmarkt einschränken → Passungsprobleme**
- Daraus ergibt sich branchenabhängig ein ungedeckter Fachkräftebedarf bei gleichzeitigem Vorhandensein eines nicht zu integrierenden oder dem Bedarf nicht entsprechendem Anteil Jugendlicher.
- **Diese Jugendlichen werden nicht direkt in duale Ausbildungen einmünden → Übergangsangebote ?**

## Abgestimmte Berufsorientierung (BO)

- **Um Jugendlichen mehr Berufswahlfreiheit zu gewähren bedürfen sie praktischer und realistischer Informationen über Berufe und deren Voraussetzungen**
- **In Zeiten (wahrgenommenen) Fachkräftemangels besteht die Gefahr, einer Überforderung der Schulen durch private Akteure (Unternehmen, Bildungsträger etc.) die entsprechend ihrer Interessen in Schulen hineinwirken wollen.**
- **Kooperation zwischen Unternehmen (praktische und realistische BO) und Schulen muss koordiniert und für alle Schulen gleichermaßen geschehen.**
- **Standards der Berufsorientierung entwickeln.**

## Aufeinander aufbauendes Übergangssystem

- **Neben der Berufsorientierung ist auch eine Abstimmung alternativer Übergangsarrangements erforderlich.**
- **Dabei hat sich ein neutraler Akteur als geeignet erwiesen, da die direkten Akteure des Übergangssystems Eigeninteressen verfolgen, die sie als Abstimmungsinstanz vor anderen Akteuren disqualifizieren.**
- **Zwischen den Organisationen besteht oft (ungenügende) Kommunikation und Kooperation, die ein Schnittstellenakteur überwinden muss.**
- **Darum haben sich in den letzten Jahren verschiedene Kommunen bemüht.**

## Bundesprogramm Perspektive Berufsabschluss – Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmanagement“

### ➤ Ausgangspunkt ist,

- dass die Kommunen wichtige Akteure bei der Gestaltung gelingender Übergänge darstellen
- dass das Maßnahmenangebot des stark expandierten „Übergangsystems“ für Experten wie Jugendliche kaum noch transparent ist
- die passgenaue Vermittlung und eine abgestimmte Maßnahmenabfolge jedoch wichtig sind
- und die Kommune ein neutraler Akteur ist, der diese Aufgabe am besten leisten kann

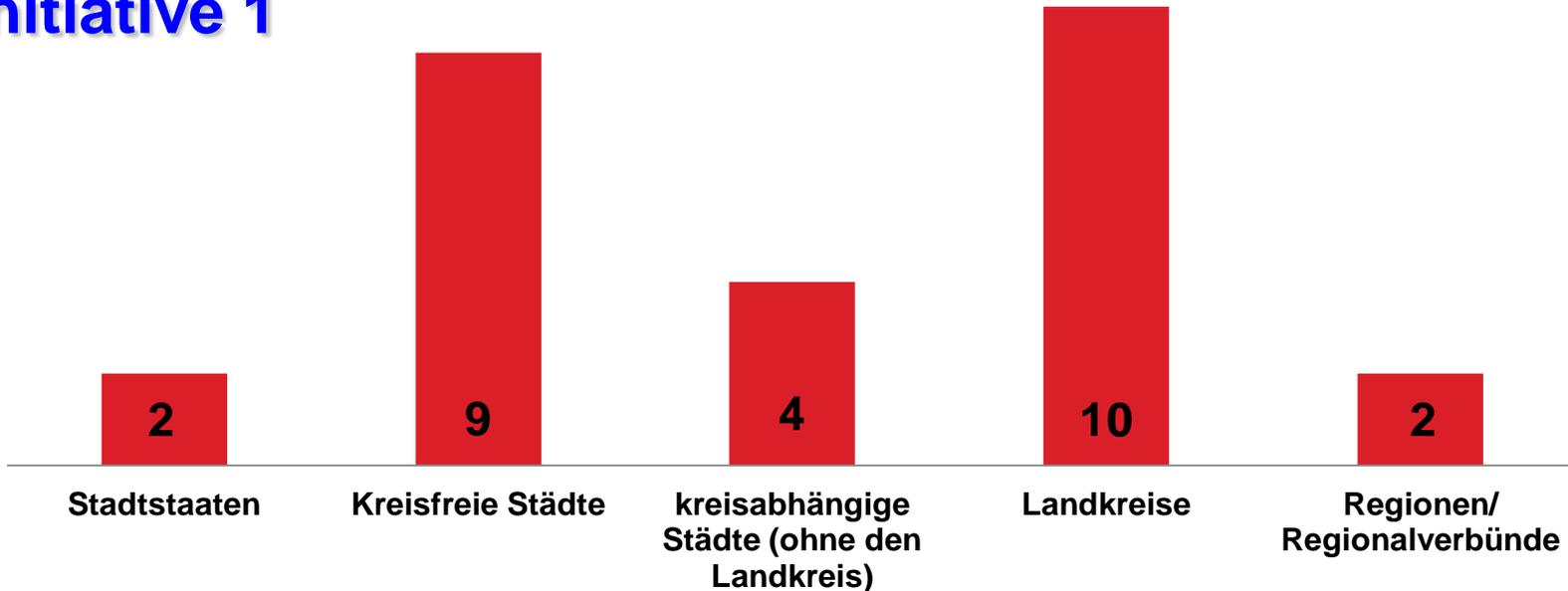
# Probleme Regionalen Übergangsmanagements

- **Wozu ein „RÜM“ und welche Rolle spielt die Kommune?**
- **Kompetenzbereiche sind selten mit Organisationsgrenzen oder Zielgruppen deckungsgleich und überschneiden sich sogar im einzelnen Individuum**
- **Dabei zeigt sich oft eine mangelnde Abstimmung der Ebenen**
- **Die Bedeutung der Kommune als zentraler und neutraler Akteur zur Abstimmung und Gestaltung regionalen Übergangsmanagements**

### Die Bedeutung der Kommune im Regionalen Übergangsmanagements betrifft u.a.:

- **Den Aufbau von Arbeitsstrukturen und -verfahren**
  - Die Einberufung und Vorbereitung von Gremien und Arbeitskreisen
  - Die Abstimmung mit der Landesebene
- **Die Herstellung von Transparenz:**
  - Daten der Übergangswegen von Jugendlichen
  - Daten über vorhandene Angebote und Maßnahmen
- **Interventionen zur Verbesserung der Angebotsstruktur**
  - Abstimmung des Angebots
- **Diese Aufgaben betreffen kommunalpolitische Handlungsfelder:  
Jugend, Migration, Wirtschaftsförderung u.v.m.**

### Räumlicher Zuschnitt der 27 Vorhaben der Förderinitiative 1



- **Landkreise und Kreisfreie Städte stellen den geeigneteren Zuschnitt dar** → Verwaltungspolitische Strukturen
- **Verhältnis zum Umland gestalten** (Pendler, Wirtschaftsstrukturen, Berufsbildende Schulen etc.)

## Administrative Anbindung der Vorhaben der Förderinitiative 1



- Eine Anbindung innerhalb der Kommune hat sich als vorteilhaft erwiesen, da diese als neutraler Mittler zwischen anderen Akteuren wahrgenommen wird.
- Der direkte Kontakt zu den Ämtern und Dezernaten ist von einem Koordinationsteam innerhalb der Kommune besser zu bewerkstelligen
- Die Anbindung an relativ hoher Stelle in der Verwaltung (Landrat/OBM oder bei der Leitung eines Dezernats o. Amtes)

## Politische Unterstützung und Kooperation innerhalb der Kommune

- Die politische Spitze muss hinter dem Vorhaben stehen
- Aber auch die formale Anbindung hat sich als bedeutend erwiesen:
  - Ein solches Koordinationsvorhaben kann an bestehenden Konkurrenzen zwischen Ämtern oder Dezernaten zerrieben werden
  - Bei solchen Konflikten hat sich eine neutrale Anbindung an oberster Stelle als wichtig erwiesen
  - Ein enger Kontakt mit den Fachbereichen sollte dennoch gehalten werden, um nicht selbstreferenziell zu werden

### Gremien und Arbeitskreise I

- **Gremien müssen eine klare Zielsetzung haben, die allen Teilnehmern transparent ist**
  - **Steuergremien haben eine andere Funktion als Beiräte oder Arbeitskreise**
  - **Verwaltungsspitze muss eingebunden sein (den Vorsitz haben)**
- **Steuergremium:**
  - **gibt Aufträge an RÜM**
  - **RÜM arbeitet inhaltlich dem Gremium zu**
  - **Mitglieder müssen entscheidungsbefugt sein, aber das Gremium als ganzes muss auch beschlussfähig sein**

## Gremien und Arbeitskreise II

### ➤ Sofern das Steuergremium

- durch die politisch-administrative Spitze der Kommune einberufen wird
- auch die administrativen Spitzen der wichtigsten Kooperationspartner (BA, staatl. Schulämter etc.) eingebunden sind
- akzeptierte Verfahren der Entscheidungsfindung besitzen
- werden die dort verabschiedeten Beschlüsse auch Legitimität für die Arbeit des RÜM mit sich bringen

### ➤ Mögliche Hindernisse:

- Vorhandene Gremien
- Überlastung der Akteure
- Bestehende Koordinationsfunktionen
- Zusammensetzung des Koordinierungsgremiums

## Abstimmung mit der Landesebene

- **Kommunale Bildungspolitik ist nicht unabhängig von der Landesebene zu etablieren,**
  - **da Bildungspolitik eine landespolitische Aufgabe ist**
  - **die Landesebene in diesem Bereich Ressourcen stellt**
  - **Landesgesetze ein regionales Übergangsmanagement unterstützen,**
  - **aber auch konterkarieren können**
- **Landesebene ist wichtig für Verhandlungen mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten auf dieser Ebene (Regionaldirektion der BA)**
- **Potentielle Verstetigungsszenarien durch Landesmittel**

# Bestandsaufnahmen zum Übergangsgeschehen und zur Angebotsstruktur.

Die Herstellung der Transparenz bezieht sich auf zwei Bereiche:

### 1. Daten der Übergangswege von Jugendlichen

➤ **Regelmäßige Bildungsberichterstattung**

### 2. Daten über vorhandene Angebote und Maßnahmen

➤ **Erstellung von Qualitätskriterien**

➤ **Evaluation von Angeboten und Maßnahmen**

# Daten zum Übergangsgeschehen und deren Nutzung

- **1. Daten der Übergangswegen von Jugendlichen**
  - **Regelmäßige Bildungsberichterstattung**
  - **Aufgrund regionaler Unterschiede im Übergangsgeschehen**
    - **Ist eine regionale Datenbasis erforderlich**
    - **Zusammenführung vorhandener statistischer Daten (Bildungs-/Berufsbildungsberichte) Durchführung von eigenen Erhebungen (Schülerbefragungen) Nutzung von Prozessdaten (Anmeldesysteme, Dokumentationssysteme)**
- **Ziel: Die Einbeziehung der Daten in zukünftige politische Entscheidungen → Bildungsmonitoring**

# Qualitätsstandards und Evaluation von Maßnahmen

- **2. Daten über vorhandene Angebote und Maßnahmen**
- **Erstellung von Qualitätskriterien und Evaluation von Angeboten und Maßnahmen**
  - **Durch Evaluationen Grundlagen für Erreichen der Zielgruppen, von Angeboten und deren Wirksamkeit schaffen**
  - **Abstimmung des vorhandenen und zukünftig zu etablierenden Angebots an Übergangmaßnahmen**
- **Hindernisse:**
  - **Zweifel an der Zuständigkeit: Wer ist berechtigt, meine Maßnahme zu evaluieren?**
  - **Zweifel an der Validität von Evaluationskriterien: Wird meine Maßnahme nach angemessenen Kriterien bewertet?**
  - **Zweifel an der Neutralität und Objektivität der Evaluation: Welche Interessen stehen hinter der Evaluation meiner Maßnahme?**

### Aufbau eines umfassenden Bildungsmonitorings.

- **Umfassendes Bildungsmonitoring erfordert**
  - **Konsens im Koordinationsgremium zur Durchführung anbieterübergreifender Evaluationen**
  - **Beteiligung der Anbieter/Fachkräfte an der Festlegung von Evaluationskriterien**
  - **Nutzung von externer und anerkannter Expertise**

## Abstimmung des Angebots I

### ➤ Ausgangssituation:

- **Flut von nicht abgestimmten Programmen**  
(Berufseinstiegsbegleiter, Lotsen, ehrenamtliche Paten, Übergangskoaches, Hamburger Hauptschulmodell usw.)
- **oft nicht an Bedarfen und Zielgruppen abgestimmte Verteilung von Programmen und Initiativen – Gefahr von „Creaming-Effekten“**
- **Die Gestaltung von Übergängen beginnt in der Schule („Schulen machen den Unterschied“)**

## Abstimmung des Angebots II

### ➤ Ziele:

- **Begleitangebote an individuellen Unterstützungsbedarf ausrichten und Abbrüche von Begleitung verhindern** (u.a. aufgrund befristeter Programme)
- **Angebote qualifizieren** (durch Qualitätsstandards, Fortbildung von Fachkräften, Einrichtung einer unterstützenden Infrastruktur für Ehrenamtliche)
- **Regionales Übergangsmanagement kann die Wirksamkeit von Landes- und Bundesprogrammen verstärken**

## Abstimmung des Angebots III

### ➤ Lösungsschritte:

- **Strukturen des Übergangssystems nicht neu erfinden sondern verbessern**
- **Herstellen von Transparenz über Begleitangebote vor Ort**
- **Strukturieren der Angebote nach Zielgruppen, Dauer, Verteilung an Schulen**
- **Identifizierung von Schulen mit Unterstützungsbedarf und Schulen mit „Übersversorgung“**
- **Kooperationen herstellen zwischen haupt- und ehrenamtlichen Anbietern, Mentoren, Eltern, kommunalen Ämtern, Arbeitsagentur, Betrieben u.a.**

# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

**Matthias Müller**  
**Deutsches Jugendinstitut e.V.**  
**Franckeplatz 1, Haus 12/13**  
**06110 Halle/Saale**

**Tel.: 0345 – 681 78 34**  
**Email: [mmueller@dji.de](mailto:mmueller@dji.de)**